

Frauenhäuser | 19.06.2023 | Nr. 236/23

## **Katja Rathje-Hoffmann: Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen durch den Bund weiter finanzieren**

„Angesichts der steigenden Anzahl von häuslicher Gewalt in Deutschland, muss die Bundesregierung das Förderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ in voller Höhe auch über das Jahr 2024 hinaus fortführen“, fordert die Frauenpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann.

„Die Frauenhäuser und die Frauenberatungsstellen brauchen dieses Bundesprogramm dringend, um entsprechend weitere Frauenhausplätze und Beratungsangebote zu schaffen. Der Bedarf zum Schutz vor „Häuslicher Gewalt“ steigt leider stetig in unserer Gesellschaft. Etwa ein Drittel aller Frauen ist oder war bereits häuslicher Gewalt ausgesetzt. Das ist ein sehr beunruhigendes Alarmsignal für uns, denn laut einer aktuellen Umfrage hält ein Drittel aller jungen Männer Gewalt in der Partnerschaft für akzeptabel“, so Rathje-Hoffmann.